

# Danziger Zeitung.

Nr 8907.

1875.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Post- australien angenommen. Preis pro Quartal 4 M. 50 S. Auswärts 5 M. — Inserate, pro Petit-Zeile 20 S., nehmen an: in Berlin; H. Albrecht, A. Retzner und H. Wesse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schlesier.



## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 6. Jan. Die „Provinzial-Correspondenz“ schließt im Rückblick auf den Kirchenkampf des Vorjahrs mit dem Satze: Die Erfahrungen des verflossenen Jahres könnten die Regierung nur verstärken, auf dem durch ihre Pflicht vor vornherein vorgezeichneten Wege fest und zuversichtlich vorwärts zu schreiten. Die Zuversicht beruhe auf ihrem guten Gewissen und auf dem Bewußtsein, daß es ihr gänzlich fernliege, die Kirchenrechte, noch das innere Glaubensgebiet anzutasten, auf der überzeugten warmen Unterstützung durch das deutsche Volk und dessen Vertretung, endlich auf den festen Glauben an patriotischen Sinn der katholischen Volkskreise Deutschlands rechnend, welche allmälig erkennen werden, daß es das Streben nach weltlicher Macht ist, weshalb die ultramontanen Führer auf fremdes Geheiß den deutschen Kirchentrieben immer tiefer untergraben.

Dasselbe Blatt schreibt: Die in Spanien eingetretene Wendung sei zwar nicht unvorhergesehn, aber rascher als erwartet eingetreten, daß die bisherige Regierungsgewalt nicht dauernd, sondern nur überleitend sein werde, habe man von der Seite, von welcher die Annahme derselben ausgegangen, von vornherein angenommen und ausgeprochen, alle Anzeichen schienen dafür zu sprechen, daß die Hoffnung auf eine neue staatliche Ordnung durch die neueste Gestaltung der Dinge in Erfüllung gehe.

Berlin, 6. Jan. Die „Nord.“, Aug. 31., reproducirt das Protokoll des Consulats von Bayonne über die Beugenernehnung des Matrosen der Rostocker Brigg „Gustav“, wodurch die Thatache der Beschiebung des Schiffes durch die Carlisten, welche die Auswerfung des dritten Ankels unmöglich mache, bestätigt und fernerweit dokumentirt wird, daß die Matrosen, als sie zwei Tage später dem Schiffe sich nähern durften, die Ladung gelöscht, selbst die Privatkoffer aller Kleider und wertvollen Gegenstände beraubt standen und daß der deutsch redende Offizier der Carlisten wiederholte versuchte, sie zur Unterschrift eines Schriftstückes zu veranlassen, in welchem stand, daß die Brigg von den Carlisten nicht beschossen und die Mannschaft von den Carlisten gut behandelt sei.

Die „Nationalzeitung“ veröffentlicht ein Schreiben Lasler's, worin dieser betreffs des Ehrengerichtspruchs über den Fürsten Putbus erklärt, seine Angaben betreffs des Fürsten Putbus beruhen auf amtlichen Ermittlungen und könnten im Verfahren des Ehrengerichts nicht widerlegt sein.

Kiel, 6. Jan. Wie die „Kieler Zeitung“ meldet, wird das diesjährige Übungsgeschwader aus den Panzerfregatten „König Wilhelm“, „Kronprinz“, „Hansa“, „Kaiser“, und „Wiso Falle“ bestehen.

Der landwirtschaftliche Congress, die Gesetzgebung und die Landwirtschaft in den östlichen Provinzen.

Von N. M. Witt-Bogdanow.

II.

Indem wir an die vorige Betrachtung anschließen, müssen wir noch Folgendes bemerkern. Es ist eine allgemeine von misshandlungten Parteien häufig gefeierte Überreibung, schwerlich fühlbare Übelstände des Landes der in gegnerischen Grundsätzen sich bewegenden Gesetzgebung fast allein zuschreiben, so daß man im Extrem dagegen kommt sich zu gebärden, als werde die ganze Existenz der jetzigen Gesellschaft durch diese Gesetze gefährdet, genug als ginge die Welt unter, wenn eine Aenderung eintritt. Eine so übertriebene Wirkung haben Gesetze niemals, selbst wenn sie verkehrt und unvernünftig sein sollten. Die wirtschaftlichen und moralischen Bewegungen des Volkes lassen sich wohl durch verkehrt Gelehrte eindämmen, beschränken, hemmen, aber sie brechen sich doch bald, entweder gewaltsam durch Krisen und Revolutionen, oder durch immer stärker austretende Umgebungen des

Gesetzes, was die Achtung vor den Gesetzen schwächt und der Demoralisierung Vorschub leistet. Es läßt sich dies vielfach nachweisen. Betrachten wir z. B. den Zustand der Geldverhältnisse zur Zeit der Herrschaft der Buchergesetze. Da muß sich jeder doch klar gemacht haben, daß trotz ihrer ausgedehnten Herrschaft das Geld ihrer und billig war, der Zinsfuß ein hoher und niedriger war, unbefüllt um die Buchergesetze lie nach der Lage und Conjunktur des Geldmarktes, nur daß dies nicht in der Form der direkten Zinszahlung, sondern durch das Damno, das bei Aufnahme von Hypotheken gezahlt werden mußte oder durch den Eurosstand der ihm übergebenen Pfandbriefe sich ausdrückt. Nur wurde solche Umgehung stets noch theruer file den Beihilfeten, als es ohne diese geschehen wäre. Die Gesetzgebung kann, so gern sie es auch wollte, weder billiges Geld noch billige Arbeiten schaffen. Sie kann nur die Grenzen feststellen, innerhalb deren jede Einzelkraft zur höchsten und freiesten Entwicklung ihrer Thätigkeiten und Fähigkeiten gelangen kann, soweit sie nicht anderen oder dem Ganzen gegenüber schädlich wirkt. Die Bewegungen in der Volkswirtschaft sind nicht so abhängig zu machen von den Staatsgesetzen, sie gehen ihren eigenen Weg. Würde man den Druck durch Gesetze übertreiben, so würden eben Kapital und Arbeit vorhin wandern, wo es eine freiere Entfaltung für ihre Kräfte giebt und der Zustand würde sich verschlimmern. Ebenso wenig ist es aber auch wahr, daß die jetzigen schwierigen Verhältnisse der Landwirtschaft, die ja nicht gelungen werden und welchen die Regierung sowohl wie die liberale Partei so viel als möglich abzuholen bestrebt ist, in Folge der jetzigen neuen Gesetze entstanden sind.

Was ist es dann nun recht eigentlich, was das landwirtschaftliche Gewerbe so sehr belastet, was den Grundbesitz drückt, und wie kann dem abgeholfen werden. Wenn wir von den schlechten Ernten, von dem niederkleindenden Preise der landwirtschaftlichen Produkte, die wie keine andere die allgemeine Concurrenz zu tragen haben, sowie von der großen Verschuldung eines großen Theils des Grundbesitzes in den östlichen Provinzen abschreiben, für welche Dinge der Staat und die Gesetzgebung nicht verantwortlich gemacht werden können, so sind es wesentlich folgende, die wir der Betrachtung unterziehen wollen.

Erfstens und vor allem ist es die immer drückender werdende und oft kaum mehr zu erschwingende auch sehr ungleiche communale Besteuerung des Kreises und der Provinz für Gebäude, Schulbauten, öffentliche Anstalten &c. &c. Da müssen wir uns erst des Gedankens entschlagen, als wäre es möglich hier auf diesem Gebiete wieder auf die alten Zustände zurückzukehren. Das geht eben nicht. Es ist leider all zu viel früher versäumt worden, und diese frühere Versäumnis macht nun die Lage mehr so drückend. Unsere östlichen Provinzen bestehen meist aus einzelnen entferntliegenden größeren Gütern, die oft bis zu der Hälfte oder ½ ihres Wertes an Creditgesellschaften verschuldet sind und von den Besitzern selbst bewirtschaftet werden, dann aus K. Domänen und Forsten, Fideikommissen und größeren Domänen von aus- und inländischen Fürsten und Besitzern, welche meist anderswo wohnen und ihre Güter verpachtet haben. Dazwischen liegen meist arme kleinere Bauerngemeinden, die nur sehr wenig leistungsfähig sind, mit Ausnahme der Niederungsörfer. Schon die ungleiche Vertheilung des größeren Grundbesitzes, der Forsten und der Dörfer bringt eine sehr ungleiche Besteuerung zu Gebäude und Schulzwecken mit sich, da nicht die Seelenzahl allein, sondern auch die räumliche Entfernung bei Gründung von Schulen mit in Betracht zu ziehen ist. Dann kommt es sehr häufig vor, wenn die Besteuerung oft noch so groß ist und der Besitzer Patron der Schule ist, so hat er für die Schule nur bei Neubauten das Holz zu liefern. Besitzt er keinen Wald, so kann er kein Holz geben und geht ganz frei aus, während die übrigen kleineren Be-

sitzer und Bauern die Schule meist allein bauen und unterhalten müssen, auch für die Kinder der Arbeiter des größeren Besitzers. So starb kürzlich ein reicher Magnat, der nach seinem Tode Millionen zurückgelassen hat, als Patron aber nichts als bei Neubauten das Holz für die Schulen aus seinen umfangreichen Forsten gegeben hat, während sämliche Lehrer und Schulen von den Bürgern und armen Bauern-Gemeinden und Tagelöhnnern unterhalten werden müssen. Dies Verhältniß wird nun um so drückender, jemehr der Staat mit seiner Forderung mehr Schulen, bessere Schulen, bessere Wege &c. an sie herantritt. Da ist denn eine Ausgleichung nothwendig. Das Patronat muß aufgegeben werden, und überall der gesamte Grundbesitz zu den kommunalen Steuern herangezogen werden, auch die Domänen und Forsten, der Grundbesitz der auswärts wohnenden Fürsten und größeren Besitzer. Hierzu ist in dem Besteuerungsmodus der neuen Kreisordnung, welche die Heranziehung der Grundsteuer vorschreibt, der Modus gefunden, nach dem Abhilfe geschafft werden kann. Für die Ausführung der zu erwartenden Verordnung und Unterstützung der Baugebauten sind die Provinzialverbände den Provinzen überwiesen. Da die Wege meist den Beihilfeten allein zu Gute kommen und die Sache einmal ein Ende hat, wenn die nötigen Wege gebaut sind, so wäre hiermit einigermaßen genugt. Aber in Betracht der Schule reicht dies allein nicht zu. zunächst müssen größere leistungsfähige Gemeinden gebildet werden. Dennoch aber ist in sehr vielen Fällen in den östlichen Provinzen, wo keine Industrie herrscht, bei den weiten Entfernungen hierdurch allein nicht zu helfen. Es kommt ja oft genug vor, daß ein einziger Gutsbesitzer, dem von seinem Gut vielleicht 15—20.000 Thlr. gehört, eine Schule für seine Leute und einen armen Dorf fast allein bauen und erhalten muss. Dabei kann er sicher sein, daß je besser er für die Ausbildung der Kinder sorgt, desto eher werden sie veranlaßt, in die Städte zu gehen, die niemals ihren Bedarf aufzufinden vermögen, diese Lehren nicht wieder zurück. Nur die einfältigen, schwachen und unordentlichen bleiben auf dem flachen Lande. Die Verlokung der Vergnügungen, z. B. der Städte ist gerade für die ungeübten Bewohner zu groß. Hier muß also der Staat, wenn er auch auf dem platten Lande gleiche Ansprüche macht, hoffend eintreten. Es wird wohl keine andere Möglichkeit der Frage geben. Dabei genügt die Schule für die eigenen Kinder des größeren Besitzers niemals, die größeren Staatsanstalten können für ihn nur dann benutzt werden, wenn er die größten Opfer für Pensionen in den Städten bringt. Man denke nur, welche große Summen an Steuern dem flachen Lande entzogen werden, welche alle in den Städten vergeht und verbraucht werden und dort ein blühendes Geschäftszelle entstehen, all die Summen, die für das Heer, die Beamtenwelt, die höheren Lehranstalten mit allem was drum und dran hängt, dahin fließen. Da wäre es nur ein kleines Äquivalent, wenn der Elementarunterricht auf dem platten Lande besser vom Staat unterstützt würde. Wenn man dagegen einwendet, daß die notwendigen Nahrungsmittel wieder dem Lande entnommen werden müssen, und so die Summen wieder zurückfließen, so ist dies nur für die Industrie und den Rübenzucker der Fall, die durch Zoll geschützt sind, denn die ländlichen Produkte können überall entnommen werden, wo sie eben am billigsten sind, Schmalz und Reh aus Amerika &c.

Aber so einfach ist die Sache der Staatsunterstützung für die Landsschulen doch nicht, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Es stellt sich wieder die Ungleichheit der Präsentationsfähigkeit der Gemeinden in den Weg. Während bei uns im Osten einer Gemeinde schon 100 Prozent der Staatssteuern als communale Besteuerung sehr hart erscheint, zahlen in der Rheinprovinz in industriellen Gegenden Gemeinden mehrere hundert Prozent der Staatssteuern an Communalsteuern und sind dabei recht behabilg.

Aus dem germanischen Museum zu Nürnberg.

Als der Magistrat der Stadt Nürnberg vor einigen Jahren den Beschuß faßte, die sehr verhältnismäßig und deshalb verfallenen Gebäude des ehemaligen Augustinerklosters gänzlich abzutragen, um den Platz derselben für den Neubau des Justiz-Palastes zu gewinnen, batte einige Kunstsfreunde den Magistrat um scheinweise Überlassung der künstlerisch wertvollen Theile dieses alten, zum großen Theil noch aus dem vierzehnten Jahrhundert stammenden Gebäudes und veranlaßten den Director A. Esselwein zu einem Wiederaufbau derselben auf dem Terrain des germanischen Museums. Der Magistrat der Stadt sowohl als auch der Verwaltungsrath des Germanischen Museums gingen gern auf dieses Gesuch ein. Der Magistrat übernahm die Kosten des Abbruchs, während die Kosten des Wiederaufbaues dieser alten Baustelle, ganz im alten Zusammenhange, als Aufbau an die noch vorhandenen oder wieder aufgebauten Theile des ehemaligen Kartäuserklosters, welche jetzt Sitz des Germanischen Museums sind, anderweitig beschafft werden sollten. Man wünschte durch diesen Wiederaufbau zwei verschiedene Zwecke zu erreichen, die alten architektonisch wertvollen und vielfach interessanten Bauteile vor der Vernichtung bewah-

## Deutschland.

× Berlin, 5. Jan. Die Beratung der Commission für das Bankgesetz, welche gestern Nachmittag ihren Anfang nahm, während gestern von Nachmittag 5 Uhr bis Abends 8 Uhr und heute von Vormittag 10 Uhr bis Nachmittag 4 Uhr. Es wurde sofort in die Specialdiscussions eingetreten und prinzpiell der Beschuß gefaßt, daß der ersten Lesung noch eine zweite über den ganzen Gesetzentwurf folgen sollte. In der gestrigen Sitzung gelangte zunächst der § 1, welcher die Befugnis zur Ausgabe von Banknoten von einem Reichsgebet abhängig macht, in der Fassung der Reg.-Vorlage jedoch mit der Modification zur Annahme, daß in demselben die Worte: „auf Antrag der beihilfenden Landesregierung“ gestrichen wurden. Desgleichen wurden die §§ 2 bis 5, welche eine Verpflichtung zur Annahme von Banknoten ausschließen, die Appoints nicht unter 100 Mark festsetzen und die Einziehung beobachteter oder beschmierter Noten anordnen. Ebenso fand der § 6 in seiner ursprünglichen Fassung die Zustimmung der Commission, nur erhielten die Bestimmungen über die Einziehung der Noten statt der facultativen, wie sie der Entwurf enthält, eine obligatorische Form. Erst der § 7 des Entwurfs gab zu einer längeren Discussion Veranlassung. Derselbe lautet: „Den Banken, welche Noten ausgeben, ist nicht gestattet: 1) Wechsel zu acceptiren, 2) Waaren oder courshabende Papire für eigene Rechnung auf Zeit zu kaufen oder auf Zeit zu verkaufen, oder für die Erfüllung solcher Kaufs- oder Verkaufsgeschäfte Bilrgeschäft zu übernehmen. Ein Antrag, außer dem Acceptiren von Wechslen aus dem sog. Zeitschaftsgeschäft, wie es der Entwurf will, auch das Zinskassament von im Inlande zahlbaren Wechslen für die Zettelsbanken zu verbieten, fand nicht die Zustimmung der Commission, indem die Mehrheit derselben sich der Aufficht zunigte, daß gerade in dem Verbot der inländischen Wechsel-Zinskassamente eine ungerechtfertigte Schädigung der inländischen Handelsplätze und außerdem eine schwere Benachteiligung der Local-Zettelsbanken, die solcher Geschäfte in Krisen nicht entbehren könnten, enthalten sei. Dagegen wurde das Verbot des Zeitschaftsgeschäfts noch durch den Zusatz: „für eigene oder fremde Rechnung“ entsprechend erweitert. Der § 8, welcher die Bestimmungen über die Veröffentlichungen des Standes der Banken enthält, wurde dadurch geändert, daß die Banken nicht nur am 5. jeden Monats, wie es der Entwurf vorschreibt, sondern am 7., 15., 23. und letzten jeden Monats, spätestens am fünften Tage nach diesem Termine, den Stand ihrer Activa und Passiva zur öffentlichen Kenntnis zu bringen haben. In gleicher Weise sollen die Bilanzen nicht spätestens binnen 3 Monaten, sondern spätestens binnen einem Monat im „Reichsanzeiger“ zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden und außerdem die Banken verpflichtet sein, bei der Bilanz ihre aus weiter begrenzten Wechslen entstehenden Verbindlichkeiten erstaßlich zu machen. — Aus dem Gange der Verhandlungen ergiebt sich, daß die Commission strikte dem Antrage des Abg. Dr. Harnier gefolgt ist. Diesem Antrage entsprechend trat die Commission auch in ihrer heutigen Sitzung sofort in die Beratung des § 14 der Regierungsvorlage ein, der nach dem Antrage Harnier an Stelle des § 9 der Vorlage treten soll. Der § 14 lautet: „Banken, deren Notenumlauf ihren Baarvorrahrt übersteigt, haben vom 1. Jan. 1876 ab eine in die Reichskasse stiftende Steuer zu entrichten, welche von dem Ueberschuss des Betrages der umlaufenden Noten über den Baarvorrahrt (ungedeckten Notenumlauf) berechnet wird. Als Baarvorrahrt einer Bank gilt der in den Kassen derselben befindliche Betrag an cursfähigem deutschen Gelde, an Reichskassenscheinen, an Noten anderer deutscher Banken und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund sein zu 1391 Mt. berechnet.“ Die Debatte, welche sich hieran anknüpft, dauerte sehr lange. Er wurde darauf mit 12 gegen 9 Stimmen der § 14 in der Fassung des

gemälde aller Art, Skizzen, Studien, Handzeichnungen, Glasgemälde, Porzellangemälde, Photographien, Kupferstiche, Bronzegüsse, Gipsabgüsse &c. gezeigt, welche seit einigen Monaten in einigen Räumen des Germanischen Museums ausgestellt sind.

Diese Kunstgegenstände sollen nun (vorerst zum Theil) zum Besitzen der Baulosse verlost werden. Nachdem die Genehmigung dagegen von Seiten der deutschen Staaten ertheilt worden ist, wurde der Verkauf von 20.000 Losen zum Preise von 3 Mt. für das Stück dem Baulosse Horwitz und Marcus in Nürnberg als General-Agenten übergeben. Die Zahl der Gewinne, deren genaues Verzeichniß von dem genannten Baulosse bezogen werden kann, beträgt 300, darunter 87 Delgemälde, 39 Aquarelle und Zeichnungen, 56 Kupferstiche &c. Dieselben haben (geringe bemessen) einen Tarifwert von 46.000 Mt. Die Losse sind durch die Hand des Prof. F. Wandler in Nürnberg in sinniger Weise künstlerisch ausgestattet. Die Verlosung soll im Frühjahr dieses Jahres stattfinden. Möge der Verkauf der Losse recht schnell von Statten gehen und der Erfolg der Lotterie für das Germanische Museum ein recht günstiger sein.

R. Bergau.





